

17. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion Die Linke

Gleichstellung stärker in den Fokus der Wirtschaft rücken

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, Aspekte der Gleichstellung und der Vereinbarkeit von Beruf und Familie in den Wirtschafts- und Innovationsbericht der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Forschung aufzunehmen. Neben geschlechtsspezifisch aufgeschlüsselten statistischen Angaben sind nennenswerte und beispielhafte gleichstellungs- und familienpolitische Initiativen, Maßnahmen und Ergebnisse in der Berliner Wirtschaft darzustellen.

Begründung:

Die Chancengleichheit von Frauen in der privaten Wirtschaft steht seit langem auf der politischen Agenda. Die gesetzliche Verpflichtung dazu fehlt, und es bedarf vielfältiger Initiativen und Anstöße, um strukturelle und individuelle Benachteiligungen von Frauen zu beseitigen und dem verfassungsrechtlich verbrieften Gleichstellungsgebot Geltung zu verschaffen. Trotz freiwilliger Selbstverpflichtung, trotz zahlreicher Bemühenszusagen und wiederholter Appelle ist die Unternehmenskultur im privaten Sektor noch immer männlich geprägt und überwiegend am traditionellen Arbeitsleben von Männern orientiert. Die Lohnlücke zwischen Männern und Frauen und der geringe Anteil von Frauen in Führungspositionen und Männerdomänen belegen dies. Nur langsam geraten familienfreundliche und frauenspezifische Aspekte in den Fokus, wenn es um die Unternehmensstrategie und Personalentwicklung geht.

Dabei gibt es längst in Berlin auch gute Beispiele, wie die Förderung von Frauen Bestandteil der Unternehmensphilosophie wird und wie sich das auf den Erfolg des Unternehmens auswirkt. Das hohe Qualifikationspotenzial von Frauen schafft einen Wettbewerbsvorteil und

erleichtert es den Betrieben, auf die sich wandelnden Marktanforderungen zu reagieren. Chancengleichheit, Entgeltgerechtigkeit und Aufstiegsmöglichkeiten stimulieren die Erwerbsbeteiligung von Frauen und sichern ihre eigenständige Existenzsicherung bis in die Rente. Das ist ein Gewinn für die ganze Gesellschaft, auch für Männer. Die ressortübergreifend angelegte Landesinitiative für Chancengleichheit in der Wirtschaft von 2006 muss endlich mit Nachdruck weiter verfolgt werden. Wirtschaftspolitik und Gleichstellungspolitik sind zwei Seiten einer Medaille und bedingen einander. Da ist die Zusammenarbeit von Wirtschafts- und Frauenverwaltung unerlässlich. Die ausgewiesenen Handlungsfelder der Wirtschaftspolitik des Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramms müssen Eingang finden in den Wirtschafts- und Innovationsbericht.

Berlin, den 20. Februar 2014

U. Wolf Sommer Matuschek
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Die Linke